

SWR2 Wissen

Orbán's Clique –

Wie Ungarns Oligarchen die EU ausnehmen

Von Thomas Kruchem

Sendung vom: Freitag, 13. August 2021, 08.30 Uhr
(Erstsendung: Dienstag, 10. November 2020, 08.30 Uhr)
Redaktion: Gábor Paál
Regie: Autorenproduktion
Produktion: SWR 2020 / 2021

Viktor Orbán hat viele Gefolgsleute mit Ländereien versorgt. Den Preis zahlen die europäischen Steuerzahler. Die EU kann kaum etwas dagegen tun.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

Atmo 1: Schafherde

Sprecher:

Zwischen Ungarn und der EU brodelt es seit Jahren. Brüssel wirft der Regierung in Budapest vor, systematisch die Demokratie und den Rechtsstaat auszuhöhlen. Aber die EU kann sich kaum dagegen wehren, dass Orbán geschickt EU-Regeln dazu nutzt, Vermögen und Macht an Verbündete umzuverteilen. Zig Milliarden Euro aus den Taschen der EU-Steuerzahler fließen so in die Taschen dieser Polit-Klasse.

Ansage:

„Orbáns Clique – Wie Ungarns Oligarchen die EU ausnehmen“. Von Thomas Kruchem.

Atmo 1: kurz etwas hochziehen

Sprecher:

Leidtragende sind aber auch Bauern wie Zoltán Puskas, der seine 400 Schafe bei herbstlichem Regen unweit des Plattensees grasen lässt. Ein müde wirkender Mann um die 60, dessen verarbeitete Hände fahrig auf der rot-weißen Tischdecke kreisen.

OT 01 - Zoltán Puskas (Ungarisch / darüber Übersetzer):

Ich hatte gehört, dass die Landwirtschaftsbehörde Weideland verpachtete, das dem Staat gehörte. Mein Sohn und ich bewarben uns; und tatsächlich bekamen wir hundert Hektar für 20 Jahre. Wie groß war da unsere Enttäuschung, als die Behörde ein Jahr später unser Land versteigerte und den Pachtvertrag kündigte.

Sprecher:

Zoltán Puskás zählt bis heute zu den größeren Bauern seines Dorfs; früher hatte er auch politisch etwas zu melden. Das hat sich geändert. Seit ihrer Machtübernahme 2010 hat die *Fidesz*-Partei von Premierminister Viktor Orbán ihre Macht im ländlichen Raum systematisch ausgebaut. Zuverlässigen Parteigängern hat Orbán einflussreiche Positionen auf dem Land verschafft und ihnen Landbesitz, EU-Subventionen und EU-finanzierte öffentliche Aufträge zugeschanzt.

Atmo 2: Musik „Érik a szőlő“

Atmo 3: Grenzöffnung

Sprecher:

Sopronköhida an Ungarns Grenze zu Österreich am 19. August 1989. Ungarische Grenzbeamte reißen Grenzzäune nieder; und, teils weinend vor Freude, betreten hunderte Menschen, unter ihnen viele Ostdeutsche, österreichischen Boden. Als erstes Land des damaligen Ostblocks öffnete damals Ungarn seine Grenze zum Westen. Die deutsche Bundesregierung war dankbar; der Fall der Mauer und die

Wiedervereinigung rückten ein Stück näher. Ungarn unterstützte mit diesem Schritt die Demokratisierung in Osteuropa. Und heute?

Mehr als 30 Jahre später treffe ich im Städtchen Budakeszi Katalin Rodics. Sie war in den 2000er Abteilungsleiterin in Ungarns Umweltministerium. Doch das hat Orbán längst abgeschafft. Rodics arbeitet heute für *Greenpeace* und erinnert sich noch gut an die Wendezeit.

OT 02 - Katalin Rodics (Englisch / darüber Übersetzerin):

1989, nach der Wende, waren wir alle euphorisch und glaubten, dass wir fortan ein wunderbares Leben haben würden – frei von der Sowjetarmee und jederlei Unterdrückung. Was dann allerdings geschah, schockierte und deprimierte die Menschen. Anstatt einer landwirtschaftlichen Blüte erlebten wir, dass unsere gesamte Agrarindustrie zerschlagen oder von ausländischen Konzernen aufgekauft wurde.

Sprecher:

Im Kommunismus vor 1989 war die Landwirtschaft zum Teil in Kooperativen organisiert, zum Teil verstaatlicht. Nach der Wende seien 80 Prozent des verstaatlichten Agrarlands reprivatisiert worden, berichtet Katalin Rodics. Die früheren Eigentümer bekamen allerdings kein Land, sondern Wertgutscheine, die schnell Beute von Spekulanten wurden. Viel Land konzentrierte sich in den Händen weniger, oft ausländischer Investoren. Das verbleibende Staatsland wurde an mittlere und größere Familienbetriebe verpachtet.

Atmo 4: Autofahrt im Regen

Sprecher:

Im Dorf Lajoskomárom fahre ich durch das Portal eines schlichten Verwaltungsgebäudes, über dem noch Siegesparolen aus kommunistischer Zeit vor sich hin rosten. Ich laufe abgetretene Treppenstufen hinauf; in einem bescheidenen Büro begrüßt mich ein freundlicher älterer Herr. György Raskó, einst Weltbank-Ökonom in Südamerika, war nach der Wende Staatssekretär in Ungarns Landwirtschaftsministerium – zuständig für Privatisierung. Nicht nur staatliche Großbetriebe, erzählt Raskó, seien damals den Bach runter gegangen.

OT 03 - György Raskó (Englisch / darüber Übersetzer):

Auch die meisten Kooperativen gingen bankrott. Warum? Weil es die Leiter der Betriebe so wollten. Die kauften dann Zug um Zug das Land der Kooperativen auf – von älteren Mitgliedern zu extrem niedrigen Preisen, von anderen Mitgliedern zu immer noch zehn bis 20 Prozent unter dem Wert.

Sprecher:

Eine Weile, erzählt György Raskó, sei er Mitglied der *Fidesz*-Partei gewesen. Ende der 90er-Jahre jedoch habe er sich mit Orbán zerstritten und begonnen, einen eigenen Agrarbetrieb aufzubauen. Er produziert Weizen für italienische Cracker, Sonnenblumenkerne für Studentenfutter und Wein – den angeblich besten Tokajer Ungarns. Obwohl fast 70, kommt er noch dreimal wöchentlich ins Büro. Er zählt zu den reichsten Bürgern Ungarns, habe aber keine Verbindung mehr in die Politik –

sagt er. György Raskó erzählt, wie Viktor Orbán, der zwischen 1998 und 2002 schon einmal Premier war, bereits damals begann, politische Freunde mit Landbesitz auszustatten. 2002 gab es eine sogenannte Auktion für zwölf große Staatsfarmen.

OT 04 - György Raskó (Englisch / darüber Übersetzer):

Nur wenige Ungarn profitierten von dieser Privatisierung. Es war keine öffentliche Auktion, sondern offen nur für – sagen wir – Freunde. Die aber bekamen das Land für gleich 49 Jahre – zu einer lächerlich niedrigen Jahrespacht von gerade mal 50 Euro pro Hektar.

Sprecher:

„Ein hervorragendes Geschäft“ lächelt György Raskó. Schon damals sei absehbar gewesen, dass bald EU-Subventionen kommen würden, vier- oder fünfmal so hoch wie die Pachtgebühr. Schon damals habe er auch gesehen, wie Orbán tickte; wie er seine politische Macht im ländlichen Raum dauerhaft absichern wollte:

OT 05 - György Raskó (Englisch / darüber Übersetzer):

Viktor Orbán sagte sich: Ich muss in den Dörfern und Regionen Leute mit wirtschaftlicher und politischer Macht aufbauen. Das funktioniert dann wie in Südamerika, wo alle vier Jahre der Großgrundbesitzer den armen Bauern ein gutes Essen und ein paar Flaschen Bier spendiert. Alle sind dann für einen Tag glücklich und wählen den Großgrundbesitzer oder den Politiker, den er unterstützt. Dieses System funktioniert hervorragend auch bei uns. Ja, es ist sogar typisch geworden für Ungarn, die Ukraine und andere osteuropäische Länder.

Atmo 5: Musik „Érik a szőlő”

Sprecher:

Orbán's erste Amtszeit als Premier endete 2002. 2004 wird Ungarn Mitglied der EU.

Atmo 6: Orbán im englischsprachigen Interview 2010

Sprecher:

2010 tritt Orbán erneut an. Er verspricht den von sozialistischer Misswirtschaft frustrierten Ungarn eine Wirtschaft und insbesondere eine Landwirtschaft, die endlich den Ungarn gehören sollte. Geschickt lenkt er die Empörung der ländlichen Bevölkerung auf das *land grabbing* ausländischer Investoren und kündigt ein Moratorium für ausländischen Landerwerb an. Dies widerspricht allerdings den Regeln der EU.

OT 06 - Noemi Gonda (Englisch / darüber Übersetzerin):

Orbán brauchte die Stimmen der ländlichen Bevölkerung, um die Wahlen zu gewinnen. Bäuerliche Familienbetriebe sollten den ländlichen Raum Ungarns neu beleben. Und die Betriebe sollten nachhaltig arbeiten: umweltfreundlich, diversifiziert, mit kurzen Vermarktungswegen. Ein für junge Familien, die zurück aufs Land wollten, höchst attraktives Konzept – das dann aber nur dazu diente, die Wähler zu täuschen

Sprecher:

Berichtet Noémi Gonda, eine aus Ungarn stammende Landwirtschaftsexpertin, die an der Universität von Uppsala forscht.

Tatsächlich landete das Konzept nach Orbáns Wahlsieg im Papierkorb. Von einer ökologisch orientierten Landwirtschaft war nicht mehr die Rede, das Umweltministerium wurde ins Agrarministerium integriert; und: Orbán machte das verbliebene Staatsland, rund 300.000 Hektar, zu einem Instrument, mit dem er politische Verbündete dort stärkte, wo *Fidesz* die bei weitem meisten Anhänger besitzt – im ländlichen Raum Ungarns.

OT 07 - Noemi Gonda (Englisch / darüber Übersetzerin):

Im August 2015 verkündete Viktor Orbán das Ende langfristiger Pachtverträge für Staatsland. Binnen kürzester Zeit verkaufte die Regierung riesige Flächen an industriell arbeitende Agrarbetriebe und nutzte die Flüchtlingskrise, um die Leute davon abzulenken. Offiziell sollte das Land an Bauern gehen, die es schon lange bewirtschafteten; tatsächlich aber hatten nur einige reiche Ungarn das nötige Geld, die in großen Einheiten angebotenen Flächen zu kaufen. Sie wussten seit langem, dass die Privatisierung geplant war; sie hatten Zeit genug gehabt, sich ausreichend Liquidität und Kredit zu beschaffen.

Sprecher:

In einer Stellungnahme gegenüber *SWR 2 Wissen* weist Ungarns Regierung allerdings auf Vorschriften hin, dass ausschließlich lokale Bauern Land kaufen dürfen:

Zitat 1 - Ungarische Regierung:

Nur natürliche Personen, die als Bauern eingestuft sind und ihren Wohnsitz oder Betrieb im Umkreis von 20 Kilometern der zu kaufenden Agrarfläche haben, dürfen diese Fläche kaufen. Zudem darf niemand in Ungarn mehr als 300 Hektar Land als Eigentum besitzen.

Sprecher:

Vorschriften mit eingebauten Schlupflöchern seien das, kommentiert Noémi Gonda. Die Bestimmung, dass ein Landkäufer in der betreffenden Region leben müsse, könne er mit der Anmeldung eines Wohnsitzes erfüllen; um als Bauer zu gelten, könne er einen Schnellkurs von wenigen Tagen absolvieren; die Vorschrift, dass niemand mehr als 300 Hektar besitzen darf, könne er mithilfe von Verwandten umgehen. Genau das passiere.

OT 08 - Noemi Gonda (Englisch / darüber Übersetzerin):

Wenn sie im Kataster nachschauen, wer während dieser Kommerzialisierung staatlichen Landes Land erwarb, dann stoßen sie vor allem auf Familienmitglieder der Oligarchen – ihre Frauen, Kinder, Cousins und Cousinen.

Sprecher:

Das bekannteste Beispiel verkörpert Viktor Orbáns Schulfreund Lőrinc Mészáros – 2010 noch Inhaber eines kleinen Klempnerbetriebs, heute Milliardär. Die Familie Mészáros habe allein in Orbáns Heimatsbezirk Fejér 1.550 Hektar erworben, hat Jozsef Angyan recherchiert. Der 2010 zum Staatssekretär ernannte

Agrarwissenschaftler hatte sich 2012 desillusioniert von Viktor Orbán abgewandt. Für den Veszprém-Bezirk fand er heraus, dass das dort 2015 verkaufte Staatsland zu 75 Prozent an Grundstücksmakler, Bauunternehmer und Fidesz-Parlamentarier ging, die nicht im Bezirk wohnten. Leidtragende waren Bauern, die wegen des Landverkaufs Pachtverträge verloren – Zoltán Puskás im Dorf Lajoskomárom, zum Beispiel, oder jener südungarische Bauer, von dem mir Gabi Horn berichtet, eine Journalistin und Mitarbeiterin der regierungskritischen Organisation *Atlatszo*.

OT 09 - Gabi Horn (Englisch / darüber Übersetzerin):

Der Bauer besaß mehrere hundert Rinder. Und als ihm sein Pachtland weggenommen wurde, hatte er plötzlich keine Weideflächen mehr, auf denen die Tiere grasen konnten. Jahrein, jahraus standen sie nun auf dem kleinen Grundstück um den Hof herum; und der Bauer musste das Futter teuer einkaufen. Sie verstehe es einfach nicht, sagte mir seine Frau völlig verzweifelt. Sie verstehe nicht, warum die Regierung das Land, das ihre Familie seit Jahrzehnten nutzte, an Fremde verkauft habe.

Sprecher:

Kleinbauernbetriebe mit weniger als vier Hektar Land sind rar geworden. Auch die EU-Kommission bestätigt auf Anfrage von *SWR 2 Wissen* eine – Zitat – „relativ starke Konzentration des Landbesitzes in Ungarn“. 20 Prozent der Betriebe besäßen inzwischen 84 Prozent des Landes.

Ungarns Behörden haben Pachtverträge offenbar auch aus politischen Gründen gekündigt. Betroffen ist, zum Beispiel, eins der führenden Zentren für ökologische Landwirtschaft in Europa: *Kishantos*. Das Musteranwesen mit insgesamt 450 Hektar gepachtetem Land habe eng mit Greenpeace zusammengearbeitet, berichtet *Greenpeace*-Mitarbeiterin Katalin Rodics.

OT 10 - Katalin Rodics (Englisch / darüber Übersetzerin):

Das *Kishantos*-Zentrum entstand vor gut 30 Jahren, als unsere Regierung und die Deutschlands beschlossen, ein Zentrum für ökologische Aufklärung zu gründen. Die Bedingungen in *Kishantos* waren ideal: exzellente Böden und ein schönes altes Gutshaus. Hier lernten die Kursteilnehmer die Theorie – und draußen auf den Feldern die Praxis: Wie produziert man umweltfreundlich Getreide und andere Lebensmittelpflanzen? Welches Gerät benutzt man? Und wie kommt man ohne gefährliche Pestizide aus? Solche Fragen zu beantworten, war sehr wichtig in Ungarn, wo die Bauern 70 Jahre lang nur industrielle Landwirtschaft gekannt hatten.

Sprecher:

2012 jedoch überwarf sich Professor Angyan, der das *Kishantos*-Zentrum mitbegründet hatte, mit Viktor Orbán. Ein Jahr später habe *Kishantos* die Pachtverträge verloren, sagt am Telefon Éva Ácsne, die Leiterin des Zentrums. Und damit nicht genug:

OT 11 - Éva Ácsne (Englisch / darüber Übersetzerin):

Am 12. April 2014, fünf Tage nach der von Fidesz gewonnenen Parlamentswahl, zerstörten 15 Traktoren unsere Farm. Auf mehr als 400 Hektar Land vernichteten sie Getreide, Gemüse und Kartoffeln. Und das zu einer Zeit, als die Gerichte noch gar

nicht entschieden hatten, ob wir das Land verlieren würden. Die Plünderer kamen einfach und zerstörten unsere Arbeit.

Sprecher:

Die neuen Pächter hätten nur ordnungsgemäß ihr Land in Besitz genommen, schreibt Ungarns Regierung in ihrer Stellungnahme gegenüber *SWR2 Wissen*:

Atmo 7: Musik „Érik a szölő”

Sprecher:

Das zweite Instrument Viktor Orbáns, eine Fidesz-treue Elite im ländlichen Raum Ungarns zu etablieren, seien EU-Subventionen, sagen Regierungskritiker. 40 Prozent des EU-Budgets fließen in Agrarsubventionen; Ungarn bekommt davon im Schnitt gut zwei Milliarden Euro jährlich – viel Geld für ein Land mit gerade 10 Millionen Einwohnern. Bei diesen Zuwendungen gibt es zwei Säulen: die Direkthilfe von rund 220 Euro pro Hektar landwirtschaftlich genutzten Landes soll Bauern zu einem angemessenen Einkommen verhelfen und die Nahrungsmittelproduktion in der EU sichern. Die zweite Säule dient der Entwicklung des ländlichen Raums und dem Umweltschutz. Entsprechende Subventionen müssen Bauern für einzelne Projekte und Investitionen beantragen; die zuständige nationale Behörde entscheidet, ob und wie viel Geld sie bekommen. Er habe da nie Glück gehabt, sagt in Lajoskomárom achselzuckend der Bauer Zoltán Puskás.

OT 12 - Zoltán Puskas (Ungarisch / darüber Übersetzer):

Der Kampf um die Subventionen ist ein Albtraum. Einmal, zum Beispiel, habe ich einen Zuschuss für einen neuen Stall beantragt. Drei Jahre wartete ich, dann bekam ich statt 50 nur zehn Prozent der Kosten erstattet Das ist doch den ganzen bürokratischen Aufwand nicht wert.

Sprecher:

Ob Bauern mit den richtigen Verbindungen eher Subventionen bekämen als andere, frage ich.

OT 13 - Zoltán Puskas (Ungarisch):

Ja.

Sprecher:

Ja, Puskas wird knallrot im Gesicht

OT13 weiter – Zoltan Puskas (Ungarisch)

No comment.

Sprecher:

Kein weiterer Kommentar. – Benachteiligte Bauern schwiegen lieber, um noch größere Nachteile zu vermeiden, erklärt mir die frühere Regierungsmitarbeiterin Katalin Rodics.

OT 14 - Katalin Rodics (Englisch / darüber Übersetzerin):

In Ungarn gehen die Bürokraten sehr willkürlich vor bei der Vergabe von EU-Subventionen an einfache Bauern. Gilt ein Bauer als Störenfried, suchen sie mit der Lupe nach Fehlern im Antrag: „Deine Bäume stehen nicht sieben Meter voneinander entfernt wie vorgeschrieben, sondern nur fünf Meter. Deshalb bekommst du kein Geld.“

Sprecher:

Ganz ähnlich laufe es bei den Subventionen aus den sogenannten EU-Strukturfonds, berichtet mir auf einem Flur des prachtvollen Parlamentsgebäudes in Budapest Ákos Hadrázy. Der frühere *Fidesz*-Abgeordnete ist heute unabhängig und gilt als entschlossener Kämpfer gegen Korruption in Ungarn. Die EU-Strukturfonds sollen das Gefälle zwischen hoch entwickelten und benachteiligten Regionen in der EU ausgleichen. Ungarn hat aus diesen Fonds zwischen 2014 und 2020 25 Milliarden Euro erhalten – vier Prozent des Sozialprodukts, mehr als jedes andere Land außer Polen. Jeder Dorfbürgermeister sei natürlich hinter EU-Subventionen her wie der Teufel hinter der armen Seele, sagt Hadrázy.

OT 15 - Ákos Hadrázy:

Diese Dörfer sind meistens sehr arm. Der Staat lässt dort keine Steuern. Und wenn ein Bürgermeister etwas für die Leute zeigen möchte: Ich habe etwas entwickelt; ich habe einen Kindergarten gebaut; ich habe die Straßen renoviert; ich habe Spielplätze gebaut – das kann man nur mit EU-Geldern machen. Also, ich muss EU-Projekte bekommen; und dann kann ich für die Leute sagen: „Ich bin ein guter Bürgermeister, ihr sollt mich wieder wählen.“

Sprecher:

Über die EU-Förderung kommunaler Projekte entschieden in Ungarn regionale Komitees, in denen gewählte *Fidesz*-Abgeordnete die Mehrheit besäßen und entsprechend ihre Macht gegenüber den Bürgermeistern ausspielten, sagt Hadrázy.

OT 16 - Ákos Hadrázy:

Ich habe sehr oft gehört, dass die Abgeordneten sagen: „Okay, ich werde entscheiden darüber, ob du die EU-Subventionen bekommst. Ich habe zwei Kriterien: Erstens muss der *Fidesz* in deinem Dorf gewinnen. Die andere ist: Ich werde sagen, welches Unternehmen die Arbeit bekommen wird.“

Sprecher:

In seinem *home office* in Madrid erreiche ich Professor Tomás García Azcárate. Er war bis vor kurzem ein leitender Beamter in der Agrarabteilung der EU-Kommission. Heute lehrt Azcárate wieder an der Universität und schult künftige EU-Beamte. Und, ja, die Vergabe von EU-Subventionen nach Gutsherrenart sei verwerflich...

OT 17 - Tomás García Azcárate (Englisch / darüber Übersetzer):

Diese Praxis ist zweifellos illegal. Das Problem ist: Sie müssen beweisen, dass ihr Antrag auf Subventionen aus politischen Gründen abgelehnt worden ist und nicht aus anderen Gründen. Und genau hier wird es schwierig: Diese Leute sind ja nicht blöd. Sie werden niemals sagen: „Du bist unser politischer Gegner. Deshalb finanzieren wir dich nicht.“ Nein, sie werden darauf verweisen, dass der Antrag leider

der Regel Nummer 25 nicht ganz entsprechen. Oder es sei nicht genug Geld da für alle Projekte. Deshalb hätten sie die Subventionen verlost; und leider hättest du kein Glück gehabt.

Atmo 8: Musik „Érik a szőlő”

Sprecher:

Gabriella Nagy, eine junge Mitarbeiterin der Anti-Korruptions-Organisation *Transparency International*, nennt mir das dritte Instrument, mit dem Viktor Orban eine ihm ergebene Elite aufgebaut hat in Ungarn: die Vergabe öffentlicher Aufträge – finanziert einmal mehr von Steuerzahlern der EU.

OT 18 - Gabriella Nagy (Englisch / darüber Übersetzerin):

Die Hälfte aller öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen in Ungarn wird mit EU-Geldern finanziert. Bei den großen Infrastrukturprojekten stammen sogar 90 Prozent der Mittel aus EU-Töpfen. Und gerade in den ersten Jahren nach der Regierungsübernahme Orbáns 2010 wurden viele Ausschreibungen genau so gestaltet, dass nur bestimmte Unternehmen die Anforderungen erfüllten.

Sprecher:

Transparency International und der Abgeordnete Ákos Hadrázy haben für mehrere Regionen nachgewiesen, dass bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge immer wieder dieselben Firmen zum Zuge kamen – obwohl es stets mehrere Bieter gab. Als besonders lukrativ gelten Infrastrukturprojekte: Aufträge für EU-finanzierte Straßen und Eisenbahnstrecken, die zu einem großen Teil bei den Firmen superreicher Oligarchen landen und am Ende oft doppelt so teuer werden wie vergleichbare Projekte in Deutschland. Zu den Oligarchen-Clans zählt nicht zuletzt auch Viktor Orbáns Familie. Sein Vater Gyözö besitzt einen Steinbruch, der in öffentlichen Aufträgen fast ertrinkt und 2018 einen Profit von zwei 41 Prozent des Umsatzes erzielte.

Während die meisten Oligarchen Ungarns eher diskret operieren, sorgte vor einigen Jahren ausgerechnet Viktor Orbáns Schwiegersohn István Tiborcz für peinliche Schlagzeilen. Damals musste in über 30 Städten die öffentliche Beleuchtung renoviert werden. Flugs gründete Tiborcz eine Beleuchtungsfirma namens *Elios* und beteiligte einen befreundeten Unternehmensberater an seiner Firma.

OT 19 - Gabriella Nagy (Englisch / darüber Übersetzerin):

Diese Beratungsfirma gestaltete die Beschaffungsm formalitäten für sämtliche Kommunalverwaltungen. Und es ist nachgewiesen, dass sie die Anforderungen so formulierte, dass nur *Elios* sie erfüllen konnte. Die Firma von Orbáns Schwiegersohn bekam denn auch die Aufträge in allen 32 Städten. Eine Firma, die kurz zuvor noch gar nicht existierte. Das Ergebnis können Sie auf Fotos und Videos im Internet sehen: Städte, die nachts in tiefe Dunkelheit versinken, seit sie ihre öffentliche Beleuchtung modernisiert haben.

Sprecher:

Der *Elios*-Skandal, der in Ungarn für einiges Aufsehen sorgte, landete schließlich auch bei der Anti-Korruptionsbehörde der EU, kurz *OLAF*.

OT 20 - Gabriella Nagy (Englisch / darüber Übersetzerin):

OLAF untersuchte den Fall und schickte einen Bericht an Ungarns Regierung. Dieser Bericht war eigentlich vertraulich; aber einige Auszüge wurden ungarischen Medien zugespielt. Darin bezeichnet die EU-Behörde das Zusammenspiel der Akteure in diesem Fall als organisiertes Verbrechen. Die zuständige ungarische Staatsanwaltschaft jedoch schloss den Fall nach zwei Monaten – wegen Mangels an Anhaltspunkten für ein Verbrechen.

Sprecher:

Seit kurzem gibt es eine spezielle EU-Staatsanwaltschaft, die Verbrechen gegen das EU-Budget vor Ort verfolgen und vor nationalen Gerichten anklagen soll. Wie Polen weigere sich allerdings Ungarn, mit dieser Staatsanwaltschaft zu kooperieren, berichtet Ákos Hadházy.

OT 21 - Ákos Hadházy:

Ungarn und Polen haben gar kein Argument gegen europäische Staatsanwaltschaft; und sie sagen: „Okay, wir treten nicht ein.“ Wenn wir eintreten würden, ab morgen könnte der Orbán nicht kontrolllos das Geld Mézaros geben, weil er wissen könnte, dass übermorgen kann ich vor Gericht gehen.

Sprecher:

Immerhin: Ungarn reichte *Elios*-Rechnungen in Höhe von 43 Millionen Euro nicht zur Erstattung bei der EU ein, sondern bezahlte sie selbst.

Inzwischen verzichten Ungarns Behörden weitgehend auf Tricks bei Ausschreibungen, heißt es bei *Transparency International*. Aber nicht, weil die Moral sich gebessert habe, sondern weil sie es nicht mehr nötig haben. Es gebe in den relevanten Branchen sowieso nur noch von *Fidesz* kontrollierte Unternehmen; Wettbewerb gebe es nicht mehr.

Atmo 10: Musik „Érik a szőlő”

Sprecher:

Viktor Orbán hat sein Ziel erreicht: Eine neue, von ihm geschaffene und von ihm abhängige wirtschaftliche Elite sorgt dafür, dass im ländlichen Ungarn *Fidesz*-Politik konsequent umgesetzt und die Partei auch gewählt wird. Bei den Wahlen 2018 gewann *Fidesz* in vielen Dörfern 80 bis 90 Prozent der Stimmen, in Budapest nur 38 Prozent.

Derweil tut sich immerhin etwas in der EU: Seit Ende 2020 gibt es einen Mechanismus, der bei Verstößen gegen EU-Rechtsstaatsprinzipien finanzielle Sanktionen zu verhängen. Dieses neue Schwert probiert die EU-Kommission nun erstmals aus. Sie will sieben Milliarden Euro aus dem EU-Corona-Fonds erst dann an Ungarn auszahlen, wenn Orbán der EU weitreichende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten einräumt. Ein Fortschritt – sagt Professor Tomás García Azcárate. Aber er bezweifelt, dass die EU Orbán so dauerhaft in die Schranken verweisen kann. Ungarn nämlich habe nach wie vor einen Trumpf in der Hand.

OT 22 - Tomás García Azcárate (Englisch / darüber Übersetzer):

„Willst Du EU-Geld, musst du die EU-Regeln befolgen.“ Diese Meinung vertreten das EU-Parlament und die meisten Mitgliedstaaten; und trotzdem handelt es sich um eine höchst sensible Angelegenheit: Der Finanzrahmen der EU nämlich kann nur einstimmig beschlossen werden. Weniger demokratische Staaten können also die anderen erpressen. Darauf waren wir nicht vorbereitet; und wir verfügen letztlich über kein Instrument, dieses Problem wirklich zu lösen.

* * * * *